Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 41 (1947)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Spiel mit der Katastrophe ; Griechenland und die Folgen ; Ein Aufbauprogramm ; Deutschland und Europa ; Wirrnis überall ; Angelsächsische Sorgen ; Der Kampf Indochinas

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-138959

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ſtändlich iſt es durchaus möglich, daß ein faules Spiel mit ihnen getrieben wurde (vielleicht durch ein Verſprechen, ihnen, wenn ſie die Rolle vor Gericht gut ſpielten, das Leben zu ſchenken), oder daß ſie mit den bekannten unheimlichen und grauſamen Mitteln, mit denen man faſt bei jedem Menſchen Geſtändniſſe zu erpreſſen vermag, präpariert wurden. Aber es kann auch ſein, daß dieſe Menſchen ehrlich zuſammenbrachen vor ihrem Gott, dem Gott der Macht, an den ſie glaubten und dem ſie lange genug ſelbſt gedient hatten. Es war die reuige Heimkehr des Sünders zu der Erkenntnis, daß es «vorerſt einmal» auf die Macht ankommt.

Verehrteſte Frau Herz, ich breche hier für diesmal ab. Aber es ſoll nicht mein letztes Wort in dieſer Sache ſein. Ich habe noch ſehr viel zu ſagen, und das Beweismaterial häuft ſich mir unter den Händen. Ich habe erſt ſehr wenige meiner Quellen zitiert, weil es mir vorerſt daran lag, das Grundſätzliche nach Möglichkeit klar zu ſtellen. Ein Freund hat mir beſorgt geſchrieben und mich gefragt, ob nicht irgendein Reſſentiment mir die Feder führe. Ich müßte ihm antworten, daß mit dem Wort Reſſentiment viel zu wenig geſagt iſt. Es iſt nicht Reſſentiment, ſondern tiefſter Abſcheu, jener Abſcheu und jenes Leid, in dem wir alle während ſchwerer Jahre einig waren, der Abſcheu vor der Vergewaltigung des Menſchen und die Leidenſchaft für das Recht. Ich glaube beſtimmt, daß wir uns in dieſen Gefühlen und Geſinnungen wiederfinden, wie ich hoffe, bevor die weiteren Enthüllungen, die der Gang der Geſchichte bringen wird, uns wieder zuſammenführen.

In dieſer Hoffnung grüße ich Sie in Verbundenheit.

Paul Trautvetter.

Weltrundſchau

Spiel mit der Katastrophe

In einem Vortrag, den er in Zürich gehalten hat, hat letzthin Profeſſor Zwicky von der Techniſchen Hochſchule des Staates Kalifornien (in Paſadena) von den «Supernovae» erzählt, jenen ungeheuren Sternexploſionen, die den betroffenen Himmelskörper plötzlich zu einer phantaſtiſchen Helligkeit aufblitzen laſſen. Solche Weltkataſtrophen, ſo ſagte der amerikaniſch-ſchweizeriſche Gelehrte, ſeien zwar ſehr ſelten, aber das ſei eigentlich erſtaunlich, da jeder große Himmelskörper weit vom thermo-dynamiſchen Gleichgewicht entfernt ſei. «Die Erde ſelbſt iſt in dieſem Sinne ein äußerſt gefährliches Pulverfaß. Sie iſt zwar zu klein, um, auch wenn ſie reſtlos zerſtrahlt, eine Supernova zu werden. Trotzdem würde ſie bei ihrem Abplatzen zu einer ganz anſehnlichen gewöhnlichen Nova Anlaß geben. Der Erde mag ſehr wohl auf dieſe Weiſe die letzte Stunde ſchlagen, falls jene, welche lernen, die dafür

hinreichenden Kernreaktionen zu zünden, ihre Verſuche ſchlecht handhaben, oder wenn ſie darauf aus ſind, dem Genius des Menſchen zum Verräter zu werden.»

Profeſſor Zwicky hat natürlich auf die jetzt grundſätzlich gelungene *Atomzertrümmerung* und die dadurch möglich gewordene Herſtellung von *Atombomben* anſpielen wollen, welche die Gefahr einer Weltkataſtrophe im eigentlichen Sinne heraufbeſchworen hat. *Wie* verheerend die Atombombe wirken kann, auch wenn ſie «fachmänniſch» erzeugt und abgeworfen wird, das geht aus der Zuſchrift eines Waſſerverſorgungs-Ingenieurs an eine amerikaniſche Zeitſchrift hervor, in der auseinandergeſetzt wird, daß fünf Atombomben, richtig placiert — der Verfaſſer gibt ein paar ſolcher «Schlüſſelſtellungen» genau an —, vollkommen genügen würden, um die Trinkwaſſerleitungen der wichtigſten Teile der Vereinigten Staaten zu zerſtören und ſo alles Leben in dieſen Gebieten zu vernichten. Von den übrigen Anwendungsformen und Wirkungen der Atombomben gar nicht zu reden.

Dieſe Ausſichten muß man ſich immer vor Augen halten, wenn man die ganze Gewiſſenloſigkeit des Spieles mit einer wirklichen Menſchheitskataſtrophe ermeſſen will, zu dem jetzt alles Kriegsdenken und alle Kriegsrüſtung geworden iſt. Daß die *Vereinigten Staaten* ſich gegenwärtig dieſem Spiel vor allen anderen Ländern hingeben, liegt in der Natur der Sache; der Beſitz des Atombombenmonopols würde auch ein anderes Volk aus dem Gleichgewicht bringen, denke man nur etwa an die Wirkungen, die der bloß *vermeintliche* Beſitz einer «Wunderwaffe» gegen Ende des zweiten Weltkrieges auf das deutſche Volk ausgeübt hat. Aber darum iſt die «Atombombenpolitik», die jetzt in Amerika immer mehr Anhänger findet, trotzdem nicht weniger lebensgefährlich. Iſt es ſchon an und für ſich erſchreckend zu ſehen, wie ungehemmt drüben vom «dritten Weltkrieg» als von einer Wahrſcheinlichkeit, ja Unvermeidlichkeit geredet wird, ſo iſt es noch bedenklicher, wenn das amerikaniſche Kriegsminiſterium in einem unlängſt veröffentlichten Bericht über die Kriegführung der Zukunft feſtſtellt, daß die Vereinigten Staaten die Erhaltung des Friedens mit ihrem Vorrat von Atombomben nur noch auf etwa ſechs Jahre ſichern könnten, da bis zu dieſem Zeitpunkt auch andere Länder das Geheimnis der Herſtellung der Atombombe entdeckt haben würden. Der Schluß: «Alſo nützen wir unſeren Vorſprung aus, ſolange es noch Zeit iſt!», wird ja dadurch dem amerikaniſchen Volke geradezu zwangsmäßig aufgedrängt, und daß die Zahl derjenigen, die ihn tatſächlich ziehen, immer größer wird, iſt denn auch jedem klar, der die öffentliche Meinung in Amerika etwas genauer beobachtet. Erſt kürzlich hat beiſpielsweiſe der frühere Gouverneur von Pennſylvanien, *Earle*, der auch einmal amerikaniſcher Geſandter in Wien

und in Sofia war, vor einem Parlamentsausſchuß ſagen können: «Weil wir nicht *zuerſt* angreifen wollen, ſo werden, wie ich glaube, in fünf Jahren nicht mehr als zehn Prozent von uns noch am Leben ſein», ohne einen Entrüſtungsſturm aller anſtändig geſinnten Amerikaner heraufzubeſchwören. Herr Earle brauchte nicht erſt zu erzählen, daß die *Ruſſen* demnächſt Atombomben in amerikaniſche Häfen einſchmuggeln würden, die dann alle gleichzeitig losgehen würden, um deutlich zu machen, was er mit ſeiner «Warnung» meinte: Auslöſung des *Präventivkrieges* gegen die Sowjetunion *vor* Ablauf der «Gnadenfriſt».

Griechenland und die Folgen

Die *«Hilfe für Griechenland und die Türkei»*, die nach Präſident Trumans Antrag die amerikaniſche Bundesverſammlung in den nächſten Tagen beſchließen wird (wenn auch mit etlichen Vorbehalten, deren wichtigſter eine höfliche Verbeugung vor den Vereinten Nationen iſt), iſt nur dem Grad, aber nicht dem Grundſatz nach von dieſer Präventivkriegspolitik verſchieden. Sie iſt zunächſt erſt auf die *Einſchüchterung* [1]) der Ruſſen gerichtet, deren Vordringen in den Mittelmeerraum und von dort nach Weſteuropa und weiter man (aufrichtig oder nicht) fürchtet, ſagte doch Senator Vandenberg, eine der Hauptſtützen der amerikaniſchen Außenpolitik, bei der Einbringung der «Truman-Bill» im Senat, wenn die Ruſſen ihre «Angriffs- und Ausdehnungspolitik» fortſetzten, ſo wäre «der Nahe Oſten nicht weit genug entfernt, um unſere eigenen Städte, New York oder Detroit, Chicago oder San Francisco, in Sicherheit zu laſſen». Aber es liegt auf der Hand, daß von *dieſer* Art Vorbeugung gegen die behaupteten Eroberungsabſichten der Sowjetunion bis zu einem eigentlichen Vorbeugungs*krieg* kein allzu großer Schritt mehr iſt, eine Erwägung, die nicht wenige verantwortungsbewußte Amerikaner, ſelbſt in den führenden kapitaliſtiſchen Kreiſen, der Aktion Trumans und Marſhalls nur mit einigem Zögern und Bangen zuſtimmen läßt.

Erfreulich iſt auch, daß die Maskierung des amerikaniſchen Eingreifens in Griechenland und der Türkei als einer Unternehmung zum *Schutze freier Völker* vor Deſpotie und Vergewaltigung die ernſteren Amerikaner nicht mehr zu täuſchen vermag. Sogar in einem ſo konſervativen Blatt, wie es die «New York Herald Tribune» iſt, wird feſtgeſtellt, daß die gegenwärtige griechiſche Regierung «die bürgerlichen Freiheiten beinahe im ſelben Maß unterdrückt wie die von den Sowjets eingeſetzten totalitären Regimes um Griechen-

[1]) Wie weit dieſer Geiſt der Einſchüchterung und Bedrohung bereits um ſich gegriffen hat, zeigt auch der Vorſchlag Bertrand *Ruſſells*, des berühmten engliſchen Gelehrten und Pazifiſten, die Vereinigten Staaten ſollten der Sowjetunion ein Ultimatum für die Annahme ihres Abrüſtungsprogramms ſtellen und bei Ablehnung ohne weiteres den Atombombenkrieg gegen Rußland eröffnen.

land». Und auch in der hochbürgerlichen «New York Times» wird gegen die «griechische Finanzoligarchie» polemisiert, die ihre Gegner «nach dem Muster der Gestapo oder der russischen Geheimpolizei» behandle; nach Präsident Trumans Rede über Amerikas Pflicht zum Eingreifen im östlichen Mittelmeer seien in Athen 600 Oppositionelle, meist Aerzte und Rechtsanwälte, verhaftet und deportiert worden, und die lautesten Befürworter der amerikanischen Politik seien die «dreitausend reichsten Athener», die von der Regierung vor jeder direkten Besteuerung geschützt würden. Mir bisher unbekannt war die ebenfalls interessante Tatsache, die das kleine, tapfere amerikanische Wochenblatt «In Fact» mitteilt, daß die Londoner Banken und andere englische Geldgeber griechische Obligationen in der Höhe von 400 Millionen Dollar in Händen haben, die zwischen 1898 und 1942 einen Jahreszins von 8,19 Prozent abgeworfen haben, was in diesen 44 Jahren eine Zinsensumme von fast anderthalb Milliarden Dollar ausmachte, das Vierfache des ursprünglich geliehenen Kapitals. «Diese schwebende Schuld und der wucherische Zinssatz», so bemerkt das erwähnte Blatt, «ist zum großen Teil an der Verarmung Griechenlands schuld und erklärt auch bis zu einem gewissen Grade Großbritanniens Interesse an Griechenland». Ein republikanisches, linksgerichtetes Griechenland könnte in der Tat die Schuld irgendwie konvertieren und den Zinssatz auf die «normale» Höhe herabsetzen wollen, und das wäre doch wirklich Bolschewismus im schlimmsten Sinn!

Die gegenwärtige griechische Regierung ist auf jeden Fall schon rein personell von der Diktaturregierung Metaxas unseligen Angedenkens nicht sehr verschieden, und sie hat denn auch, ermutigt durch die neue amerikanische Politik, einen förmlichen Ausrottungsfeldzug gegen die EAM, die Kampforganisation der Oppositionsgruppen, begonnen, hinter der immerhin 35 Prozent des griechischen Volkes stehen und die höchstens zu einem Viertel aus Kommunisten und sonstigen Linksradikalen besteht. Der neue König Paul, der an die Stelle seines plötzlich verstorbenen Bruders Georg II. getreten ist, scheint ebenfalls ein guter Faschist zu sein, war er doch unter Metaxas Führer der ungefähr der Hitlerjugend entsprechenden offiziellen griechischen Jugendorganisationen.

Nein, die Legende von dem «freien Griechenland», dem die Weltdemokratie zu Hilfe eilen müsse, kann nur noch von Liebhabern politischer Zweckmärchen geglaubt werden. Und von der *Türkei* gilt dasselbe. Es ist nicht ein Organ der Linken, sondern der als Sprachrohr rechtsbürgerlich-kapitalistischer Kreise geltende Pariser «Monde», der — durch seinen Mitarbeiter Sallebert — feststellen läßt, wie es in diesem «republikanischen Freistaat» tatsächlich aussieht, zum Beispiel in der Hauptstadt Ankara:

„Die Türken lieben es gar nicht, wenn man ihnen von diesen Elendsquartieren einer Stadt spricht, die gerne die modernste Stadt der Welt sein möchte; sie lieben es nicht, wenn man ihnen diesen dunklen Punkt ihrer Sozialpolitik vorhält... ‚Wer von Sozialpolitik und Volksbefreiung spricht, fördert zugleich die Entwicklung linker Ideen', sagen sie. Diese Angst vor einer Linksentwicklung erklärt zugleich die außenpolitische Linie und den Polizeicharakter des modernen türkischen Staates... Die Türkei hat den Ruf, die meisten Polizisten der Welt zu besitzen; sie bleibt damit in den Ueberlieferungen des alten ottomanischen Reiches. Das Budget der Polizei ist höher als das der Landwirtschaft, obwohl die Türkei ein Land ist, in dem 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten."

Ein Aufbauprogramm Das griechische Volk hätte freilich eine umfassende Hilfeleistung an seine hungernden Unterschichten und an seine so rückständige Wirtschaft aufs dringendste nötig; aber das ist es wirklich nicht in erster Linie, was die amerikanische Außenpolitik bezweckt. «Die Wahrheit ist», so sagte Henry *Wallace* unlängst in einer Rede, «daß es dem Präsidenten (Truman) und seinen republikanischen Stützen weniger um das Bedürfnis des griechischen Volkes nach Lebensmitteln als um das Bedürfnis der amerikanischen Flotte nach Oel zu tun ist. In zweiter Linie steht die Absicht, den Kommunismus einzudämmen». Wallace wird natürlich, besonders seit er auch in Europa die Wahrheit sagt, von den Propagandisten des amerikanischen Imperialismus aufs wütendste angegriffen und verleumdet, ähnlich wie seiner Zeit von den gleichen Leuten auch Franklin Roosevelt angegriffen und verleumdet wurde, ja noch heute leidenschaftlich gehaßt und beschimpft wird.

Allein darauf kommt es ja so wenig an wie auf den Entlastungsfeldzug, den jetzt Winston Churchill, u. a. auch in der «Neuen Zürcher Zeitung», für die amerikanische Mittelmeerpolitik führt [2]); die Hauptsache wird doch bleiben, daß es in den Vereinigten Staaten wie sonst in der Welt Menschen gibt, die sich von der antikommunistischen Leidenschaft, der jetzt aufs neue die westlichen Länder zu verfallen drohen, nicht anstecken lassen und zur Vernunft und zur sachlichen Beurteilung der Sowjetunion und ihrer Politik mahnen. Solcher Menschen gibt es auch in Amerika mehr, als es scheinen möchte (Presse und Radio sind eben fast ganz in den Händen der herrschenden Parteien und Wirtschaftsmächte). Ein Zeugnis dafür ist der Offene Brief, den 23 Vertreter und Vertreterinnen amerikanischer Religionsgemeinschaften und Friedensvereinigungen,

---

[2]) Bedenklich ist es zwar schon, daß sich Churchill jetzt rühmen kann, die gleiche Politik, die heute Amerika gegenüber Griechenland betreibe, habe er und die von ihm geleitete britische Regierung schon im Jahr 1944/45 verfolgt. Die Kritik, die diese dann von der Labourregierung unbesehen übernommene Politik auf der britischen Linken seither gefunden hat, erfährt dadurch eine verspätete, aber deswegen nicht weniger solide Rechtfertigung.

darunter auch ſolche verſchiedener Gruppen der Quäker, des Verſöhnungsbundes und der Frauenliga für Frieden und Freiheit, jüngſt an Präſident Truman gerichtet haben, und in dem es heißt:

«Durch ihr Unvermögen, den Nöten des ruſſiſchen Volkes abzuhelfen, und indem ſie die ruſſiſche Furcht vor einer Einkreiſung durch feindſelige Militärkräfte noch ſteigert, wird dieſe (Trumans) Politik tatſächlich mithelfen, Stalins Diktatur in Rußland nur zu ſtärken. Und da der Kommunismus am beſten auf dem Boden von Krieg, inneren Unruhen und Armut gedeiht, ſo werden die amerikaniſchen Dollars, die für die Stützung der Militärmacht zweifelhafter Regierungsſyſteme in Europa und Aſien angelegt werden, nur dazu dienen, die Uebelſtände zu vervielfachen, welche die Menſchen auch außerhalb Rußlands zur Beute des Kommunismus machen.»

Als poſitives Programm für die amerikaniſche Außenpolitik empfehlen die Unterzeichner der Kundgebung:

1. Ablehnung der Politik militäriſcher Intervention;

2. Verzicht auf den Rüſtungswettlauf mit Atomwaffen und Einſtehen für die Internationaliſierung der Dardanellen, des Suez- und des Panamakanals ſowie ähnlicher Verkehrswege;

3. Verwendung der gottgegebenen Wirtſchaftskräfte Amerikas für die ſofortige Linderung der Not der Heimatloſen und Hungernden und für ein umfaſſendes, weltweites Programm friedlichen Aufbaus, bevor es zu ſpät iſt.

«Bevor es zu ſpät iſt!» Darauf kommt es wirklich entſcheidend an. Wird die Umkehr in Amerika noch *rechtzeitig* erfolgen? Wird man endlich anfangen, die «kommuniſtiſche Gefahr» nicht durch Dollars und Atombomben, durch Lügenpropaganda [3]) und Scharfmachertum zu bekämpfen, ſondern dadurch, daß man dem Kommunismus in den Weſtländern eine auf deren Ueberlieferungen und Verhältniſſe zugeſchnittene *überlegene* Wirtſchaftsordnung entgegenſetzt, eine Ordnung, die freilich ohne eine radikale Umgeſtaltung des herrſchenden Geſellſchaftsſyſtems nicht möglich iſt? Das iſt immer wieder die große Frage, die an die weſteuropäiſch-amerikaniſche Welt geſtellt iſt.

---

[3]) Wie von einer gewiſſen amerikaniſchen Propaganda gearbeitet wird, geht auch aus der Erklärung des bisherigen, nun aber zum Proteſt gegen dieſe Methoden zurückgetretenen Preſſechefs der USA.-Botſchaft in Moskau, Willis, hervor, daß die diplomatiſche Vertretung der Vereinigten Staaten in der Sowjetunion von ‚berufsmäßigen Rußlandhaſſern' beherrſcht ſei. Er ſei von dieſen Leuten planmäßig an der Erfüllung ſeiner Verſtändigungsaufgabe gehindert worden. Was irgendwie für Rußland günſtig gelautet habe, ſei in ſeinen Berichten ausgemerzt worden; denn ‚dieſe Leute wollen nichts herauslaſſen, was in Amerika jemand auf den Gedanken bringen könnte, daß es doch möglich wäre, mit dem ruſſiſchen Volk auszukommen. Sie haben ihren Ruf und ihre Karriere dem Rußlandhaß zu verdanken."

Deutschland und Europa

Es ist auch die Frage, von deren Beantwortung die Zukunft *Deutschlands* und seine Stellung in Europa in höchstem Maße abhängt. Die *Moskauer Außenministerkonferenz* dauert ja immer noch fort, aber sie hat noch wenig Greifbares erreicht, vielleicht abgesehen von dem wenigstens im Entwurf fertiggestellten Staatsvertrag mit *Oesterreich*, und auch der weist noch erhebliche Lücken auf. Was Deutschland betrifft, so stehen sich Rußland und die Westmächte (unter denen Frankreich manchmal eine Sonderpolitik verfolgt) immer noch grundsätzlich verständnislos, um nicht zu sagen feindselig, gegenüber. Schon über die *staatsrechtliche* Gestaltung Deutschlands gehen, obwohl das die am wenigsten schwer zu lösende Frage ist, und trotz einer gewissen Annäherung der Standpunkte, die Auffassungen der «großen Vier» noch weit auseinander. Frankreich und Amerika wollen einen bloßen Staatenbund oder nur einen ganz lockeren, schwachen Bundesstaat, England neigt einem Föderalismus und Zentralismus vorsichtig ausgleichenden Bundesstaat zu und Rußland erstrebt, als Voraussetzung für eine durchgreifende Sozialisierung und Demokratisierung, einen *starken*, weitgehend zentralisierten Bundesstaat. Erst recht droht die *Grenzfrage* zu einem Zankapfel erster Ordnung zu werden. Frankreich fordert nun doch die Loslösung des Rheinlands und der Ruhr von Deutschland, dieser Gebiete, welche nicht nur die große Waffenschmiede des deutschen Militarismus gewesen sind, sondern immer auch sein Aufmarschfeld in den Kriegen mit Frankreich, während England und Amerika Mittel suchen, um Deutschland ohne Amputation weiterer Gebietsteile militärisch unschädlich zu machen. Anderseits geht Amerika, Rußlands gegenwärtige Schwäche, ja Aktionsunfähigkeit ausnützend, darauf aus, die deutschen Grenzen möglichst weit nach *Osten* auszudehnen, auf Kosten Polens, das sich in den ihm von der Potsdamer Konferenz «vorläufig» zugesprochenen Gebietsteilen östlich der Oder und Neiße längst häuslich eingerichtet hat. Wenn diese Absicht gelingen sollte (es ist zwar schwer einzusehen, wie sie gegen einen festen russisch-polnischen Widerstand durchgesetzt werden könnte), so hieße das, wie Mary Saran im «Socialist Commentary» zutreffend bemerkt, nicht nur zum alten Unrecht neues fügen — durch abermalige Entwurzelung von Millionen Menschen — und den deutschen Nationalismus stärken, der sich damit für seine Revisionspolitik belohnt sähe [4]); es würde auch Rußland und den europäischen Osten noch mehr in die Isolierung drängen und die Sowjetunion zu einer Verstärkung ihrer Stellung in

[4]) In Deutschland noch stark behindert, entfaltet sich die Revisionspropaganda in der deutschgeschriebenen Presse *Amerikas* fast hemmungslos. Ein einziges Beispiel: Der in Cleveland (Ohio) erscheinende „Einwanderersfreund" schrieb vor einiger Zeit: „Das Deutschland der Zukunft wird sich niemals in sein Schicksal ergeben, bis die deutschen Gebiete, die jetzt von den Russen und Polen besetzt sind,

ihrer Besetzungszone veranlassen. «Eine durch Deutschland hindurchgehende Linie würde einen verarmten Osten und einen durch amerikanisches Kapital wieder hochgebrachten Westen von einander trennen», ein Zustand freilich, der für die Anhänger der kapitalistischen «Ordnung» nichts Schreckhaftes an sich hat, sie vielmehr mit den stärksten Hoffnungen auf eine «Erlösung» auch des östlichen Deutschlands erfüllt.

Denn die Frage: Kapitalismus oder Sozialismus? steht tatsächlich hinter allen Entscheidungen, die über die künftige Lebensform Deutschlands nicht nur, sondern ganz Europas, ja der Welt zu treffen sind. Sie steht vor allem hinter der Frage der *wirtschaftlichen Einheit* Deutschlands, der die Russen nur zustimmen wollen, wenn ihnen sofort *Reparationen* aus der laufenden Produktion Deutschlands zugesprochen würden und die rheinisch-westfälische *Großindustrie* der Aufsicht aller vier Großmächte unterstellt werde. Von deutschen Reparationslieferungen an Rußland aber — die Sowjetunion verlangt 10 Milliarden Dollar Ersatz für die zirka 130 Milliarden materielle Kriegsschäden, die sie durch den Kampf gegen Hitler erlitten hat — wollen die Amerikaner und Engländer schon deshalb nichts wissen, weil West- und Süddeutschland nur mit angelsächsischer Hilfe leben können und es also in Wirklichkeit die Amerikaner und Engländer wären, die den Russen Reparationen zu bezahlen hätten — ein offenkundig widersinniger Zustand. So bliebe also nur eine direkte Wiederaufbauhilfe der Westalliierten, d. h. vor allem Amerikas, an die Sowjetunion übrig, um die Russen davon abzubringen, sich durch Reparationen selbst bezahlt zu machen, und das widerspricht nun eben vollständig der zurzeit maßgebenden amerikanischen Auffassung. Was aber die Internationalisierung und Sozialisierung der westdeutschen Schwerindustrie betrifft, so kennt man die Haltung Washingtons gegenüber diesem russischen Begehren ebenfalls. Ich habe schon in der letzten Weltrundschau die gegen die Haltung der amerikanischen Regierung gerichtete, von der amerikanischen und internationalen Presse fast ganz totgeschwiegene Senatsrede des Demokraten *Pepper* erwähnt; es verlohnt sich aber, aus dem inzwischen eingetroffenen Text der Rede auch nachträglich noch ein paar Sätze anzuführen, beleuchten sie doch die ganze Lage ausgezeichnet. Pepper sagte unter anderem:

„Mr. Dulles (es handelt sich um den einflußreichen Hauptberater der amerikanischen Konferenzdelegation in Moskau, der übrigens auch Pastor Niemöllers Propagandareise durch die Vereinigten Staaten begönnert hat. H. K.) schlägt vor, das

---

wieder dem Reiche gehören, auch wenn das einen neuen blutigen Krieg bedeutet. Die sogenannte ‚Demokratisierung' der deutschen Jugend wird in dieser Beziehung gar nichts helfen, denn eines hat Hitler immerhin erreicht, nämlich die Einheit des Reiches." (Ich zitiere nach der Zeitschrift der amerikanischen „Gesellschaft zur Verhinderung des Dritten Weltkriegs".)

Rheinland und die Ruhr mit ihren mächtigen Induſtrieanlagen nicht wirtſchaftlich zu entwaffnen, ſondern vielmehr ihre Kraft neu zu beleben, eine Kraft, die in der Vergangenheit einzig der Kriegführung, der militäriſchen wie der wirtſchaftlichen, diente ... Nun iſt aber dieſer Vorſchlag von Mr. Dulles im Grunde keineswegs neu, mag er auch in neuer Geſtalt auftreten. Er nimmt einfach die gefährliche Lehre derjenigen Leute wieder auf, die faſt 30 Jahre lang den Weſten gegen den Oſten auszuſpielen geſucht haben, um Deutſchland als induſtriellen und militäriſchen Keil zu benützen, der die Welt in zwei Teile aufſpalten ſollte. Es war die Lehre, die dazu führte, daß Deutſchland Milliarden von Dollars für ſeinen Wiederaufbau nach dem erſten Weltkriege geliehen bekam. Es iſt die Lehre, die unter Baldwin und Chamberlain die konſervative Beſchwichtigungspolitik gegenüber Deutſchland beſeelte. Es war die Lehre, welche die britiſchen, franzöſiſchen und amerikaniſchen Monopoliſten zur engſten Zuſammenarbeit mit ihren deutſchen Kollegen veranlaßte. Es war die Lehre, die Churchill in ſeiner Rede von Fulton vertrat, und die vom amerikaniſchen Volk allgemein abgelehnt wurde. Es iſt nicht die Lehre, der die Millionen amerikaniſcher Wähler anhangen, welche die Republikaniſche Partei unterſtützten, ſondern nur diejenige einer Handvoll amerikaniſcher Monopoliſten, Bankiers und Bankiers-Generäle, die deren Politik ſeit dem Bürgerkrieg beherrſcht haben ...

Mr. Dulles weiß, daß ihn zur Ausarbeitung ſeines Planes nur ſein Haß gegen die Sowjetunion getrieben hat, und daß er in der Hoffnung, Deutſchland werde ſich damit wieder gegen Oſteuropa und beſonders gegen die Sowjetunion wenden, bereit war vorzuſchlagen, Deutſchland ein neues Schwert in die Hand zu drücken gleich dem, mit dem es erſt vor ein paar Jahren von kurzſichtigen Leuten bewehrt worden iſt ... Ich erkläre, daß Mr. Dulles mit ſeinem Vorſchlag, Deutſchland aus dieſem oder jenem Grunde wieder zu bewaffnen, ſein eigenes Land und ſeine eigene Raſſe mit Krieg bedroht. Schamlos macht er die Tür zu einem neuen München auf, das zum ärgſten aller Kriege auf unſerer Welt führen müßte."

Ich habe dieſer Feſtſtellung der Verantwortlichkeiten für einen allfälligen dritten Weltkrieg nichts beizufügen als die Bemerkung, daß der hier gekennzeichnete Plan längſt nicht mehr ein bloßer Plan Dulles, ſondern bereits ein Stück jener «Truman-Doktrin» iſt, die auch hinter der «Hilfe für Griechenland und die Türkei» ſteht.

Wirrnis überall Der Wahnwitz dieſer ganzen Doktrin ſollte einem denkenden Lebeweſen eigentlich ſchon durch die faſt verzweifelte Notlage zum Bewußtſein gebracht werden, in der ſich der größte Teil Europas infolge des kaum hinter uns liegenden zweiten Weltkrieges befindet.

Rußland hat — ſo ſchätzt der amerikaniſche Publiziſt Edgar Snow, der die Sowjetunion gut kennt, in einer aufſehenerregenden Artikelreihe der «Saturday Evening Poſt» — rund 7 Millionen Soldaten im Kriege gegen Deutſchland verloren; dazu kommen vielleicht ebenſo viele Krüppel und einige weitere Millionen getötete Zivilperſonen. Gleichzeitig ſind 6 Millionen ruſſiſche Häuſer zerſtört worden, während Induſtrie, Verkehr und Landwirtſchaft derart zerrüttet wurden, daß ihre Wiederingangſetzung lange Jahre geduldiger Arbeit beanſpruchen wird.

Womöglich noch ſchlimmer iſt die Lage *Polens;* wir haben darüber früher einmal berichtet. Wie es um *Deutſchland* ſteht, weiß man

zur Genüge; die jüngſten Hungerdemonſtrationen waren mehr als bloß politiſche Zweckveranſtaltungen. Daß die gegenwärtige leibliche und ſeeliſche Verfaſſung der Deutſchen nicht der Boden iſt, auf dem gute Frucht wachſen kann, iſt faſt ſelbſtverſtändlich, und Edmond Privat hat nur zu ſehr recht, wenn er im «Eſſor» ſchreibt:

„Es iſt eine Täuſchung, wenn man meint, Galgen und Gefängniſſe genügten, um die Nazi am Wiederaufkommen zu verhindern. Wenn ſie in den Herzen wiederaufkommen, iſt das Unglück ſchon geſchehen ... ‚Buße' geht nicht bloß wider den preußiſchen Stolz, ſondern iſt unmöglich auf dem Boden von Not und Hunger. Darauf kann nur das Dornengeſtrüpp der Rache wachſen."

Frankreich windet ſich andauernd in wirtſchaftlichen und ſozialen Krämpfen und ſtinkt wieder einmal von öffentlichen Skandalen widerlichſter Art. Was wunder, wenn General *de Gaulle* die Rolle des im einſamen Zelte grollenden Achilleus weggeworfen hat und ſich nun auf allen Marktplätzen in der Poſe des Möchtegern-Retters ſeines (wie er glaubt) durch unfruchtbaren Parteihader zerriſſenen Vaterlandes beklatſchen läßt: «Der Tag wird kommen, da ...» — und ſo fort, nach bekannten Muſtern! Die franzöſiſche Regierung wird es noch ſchwerer haben als bisher, dem von Herrn de Gaulle neu angeblaſenen Nationalismus eine halbwegs vernünftige europäiſche Außenpolitik entgegenzuſetzen. Und daß die neue Volksbewegung, die de Gaulle antreiben will, nicht zu einer wirklichen Sammlung des franzöſiſchen Volkes führen wird, ſondern höchſtens zu einer unheilvollen Koalition der Rechten gegen die Kommuniſten, wobei die Sozialiſten zwiſchen Stühle und Bänke zu fallen drohen, das ſteht ohnehin feſt. Frankreichs Leiden ſitzt zu tief, als daß es mit autoritären oder diktatoriſchen Mitteln geheilt werden könnte.

Inzwiſchen droht auch *Italien* mehr und mehr in Not, Inflation und Schulden zu verſinken. Aber Herr de Gaſperi, moraliſch geſtärkt aus Amerika zurückgekehrt, glaubt unentwegt an die Demokratie, ſo wie *er* ſie eben verſteht, und die Kommuniſten haben ihm in törichtem Opportunismus noch den Gefallen getan, zuſammen mit Klerikalen, Qualunquiſten und Monarchiſten für die Verankerung von Muſſolinis Lateranverträgen in der neuen Verfaſſung zu ſtimmen, alſo die junge italieniſche Republik an den altböſen Feind, den die vatikaniſche Machtpolitik darſtellt, auszuliefern. Die Evangeliſche Kirche Italiens hat mit Recht, würdig, aber beſtimmt, gegen dieſen ſchändlichen Akt proteſtiert.

Was eigentlich in *Spanien* vorgeht, weiß diesſeits des «eiſernen Vorhangs» kein Menſch ſo recht. Feſt ſcheint nur zu ſtehen, daß General Francos grotesker Entſchluß, die Monarchie theoretiſch wieder herzuſtellen, ſie praktiſch aber für die Dauer ſeines Lebens auszuſchalten, ein Ausdruck der Verlegenheit iſt, in der er ſich augenblicklich befindet. Er dürfte dazu beitragen, daß ſich Monarchiſten

und Republikaner, Sozialiſten, Anarchiſten und Kommuniſten zu einer neuen, auf den Sturz der Diktatur abzielenden Volksfront zuſammenſchließen, der «nur» mehr Großgrundbeſitz und Kapitalmächte, Kirche und Armee, die alten Widerſacher des Fortſchritts und der Freiheit, gegenüberſtehen werden.

Angelsächsische Sorgen

England iſt für einmal, und mit einer bewundernswerten Tapferkeit, über die Häufung von Kriſen, die über es hereingebrochen ſind, ſoweit glücklich hinweggekommen. Aber niemand täuſcht ſich darüber, daß die tieferen Urſachen, welche die Kohlen- und Elektrizitätsnot erſt ſo ausnehmend gefährlich gemacht haben, nur durch die zäheſte, zuchtvollſte Anſtrengung der ganzen Nation und beſonders ihrer neuen Führungsſchicht aus der Welt zu ſchaffen ſind. Die Schwierigkeiten, unter denen Großbritannien jetzt leidet, ſind zu verwickelt und vielgeſtaltig, als daß ſie mit einer einzigen großherzigen Kraftleiſtung zu meiſtern wären; ſie liegen ja ebenſo ſehr, wenn nicht mehr, im fortſchreitenden Verſagen der kapitaliſtiſchen Wirtſchaft und im Zerfall des alten Weltreiches mit den ſich daraus ergebenden gewaltigen wirtſchaftlichen Verlagerungen, insbeſondere in der induſtriellen Selbſtändigmachung der Kolonien, Kronländer und Dominien, als in den Nachwirkungen des letzten Krieges und erheiſchen darum eine wirtſchaftlich-politiſche Neuplanung größten Stiles und von klarſter Inſpiration. Daß eine konſervativ-imperialiſtiſche Regierung, gar noch unter Churchills Führung, dieſer Aufgabe irgendwie gewachſen wäre, davon kann überhaupt keine Rede ſein. Es muß ſchon gut gehen, wenn auch nur der keineswegs zaghafte oder zu radikalen Neuerungen unfähige Sozialismus der gegenwärtigen Labourführung ſeinen Weg durch das Trümmerfeld hindurch findet, das der Einſturz einer ganzen alten Welt hinterlaſſen hat.

Die *Wehrpflichtfrage*, die in den letzten Wochen das politiſche Leben Großbritanniens ſo ſtark beherrſcht hat, iſt nur eines, und nicht einmal eines der zentralen Probleme, vor denen die Labourregierung ſteht. Die Lage des Kabinetts iſt ja allerdings ungemütlich genug; auf der einen Seite kann und will es auf die Reichsverteidigung aus eigener Kraft nicht einfach verzichten, auch wenn dem Empire für abſehbare Zeit von keiner Seite her ernſtliche Gefahr droht; auf der anderen Seite geht die Aufrechterhaltung einer Wehrmacht erſten Ranges ſo ſehr über die wirtſchaftlichen Kräfte Großbritanniens, daß ſchmerzliche Verzichte — ſchmerzlich für die Erben einer großen imperialen Ueberlieferung — unmöglich zu vermeiden ſind. Die Regierung glaubt einen Ausweg aus dieſem Dilemma darin gefunden zu haben, daß ſie für die dritte Leſung des Geſetzes eine Herabſetzung des obligatoriſchen Militärdienſtes (deſſen Prinzip ſie nicht

preisgeben will) von 18 auf 12 Monate mit entſprechender Verminderung der Armeebeſtände — es handelt ſich ſchätzungsweiſe um 100 000 Mann — vorſchlägt. Das verſöhnt einen Teil der Oppoſition, welche gegen die Vorlage in der Labourpartei ſelbſt aufgetreten iſt, und verdirbt anderſeits den Konſervativen das Geſchäft, die in zweiter Leſung *mit* der Labourmehrheit geſtimmt und dadurch die Regierung in eine ſchiefe Lage gebracht hatten, jetzt aber über den «Umfall» des Kabinetts ſehr zornig ſind.

Daß die Stellung Attlees und ſeiner Mannſchaft trotz all den unendlichen Schwierigkeiten der jüngſten Zeit im ganzen unerſchüttert iſt, zeigen die Ergebniſſe der letzten Serie von Gemeinde- und Bezirkswahlen, welche die Labourpartei als durchaus im Beſitze des Vertrauens ihrer bisherigen Wähler befindlich erwieſen haben.

In den *Vereinigten Staaten* ſind die wiederaufflackernden *Streikbewegungen*, die diesmal vor allem die Telephon- und Telegraphenangeſtellten ſowie ſchon wieder die Bergarbeiter erfaßt haben, neue Symptome der ſozialen Unraſt, in welche ein ſich hemmungslos austobender Freibeuter-Kapitalismus das Land geworfen hat. Ein weiteres Symptom iſt die völlig kopfloſe *Kommuniſtenjagd*, die drüben wieder einmal im Gang iſt und bedenklich an die Hyſterie der Jahre 1917 ff. erinnert; es hätte nicht viel gefehlt, ſo wäre ihr auch David Lilienthal zum Opfer gefallen, der hochverdiente frühere Leiter des Tenneſſeetal-Werkes und nunmehrige Präſident der Atomkraftkommiſſion, der erſt nach wochenlangen, peinlichen Auseinanderſetzungen vom Senat in ſeinem neuen, ſo ungeheuer verantwortungsvollen Amte beſtätigt worden iſt. Präſident Truman ſelbſt iſt übrigens in einem Brief an den oben genannten Mr. Earle, der bisher auch an der Spitze der antikommuniſtiſchen Vereinigung Amerikas ſtand, von der Stimmungsmache gegen die «Roten» deutlich abgerückt und hat ſeiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß ſich in den Vereinigten Staaten noch genügend viele geſund denkende Leute finden würden, die ſich von dem bolſchewiſtiſchen Popanz nicht ſchrecken ließen. Herr Earle hat darauf freilich prompt erwidert, Truman beweiſe damit nur wieder, wie inkonſequent er ſei, habe er doch ſelber, im Zuge der Kommuniſtenjagd, die Bundesverwaltung von allen irgendwie umſtürzleriſcher Gedanken verdächtigen Perſonen ſäubern laſſen und eröffne jetzt, mit ſeinem Eingreifen in Griechenland und der Türkei, ſogar eine antikommuniſtiſche Offenſive im Weltmaßſtab. Womit Mr. Earle *auch* recht hat. Truman iſt wirklich nur ein ſchwankendes Rohr, das von jedem Windſtoß bewegt wird, kein politiſcher Führer, der auch im Aufruhr der Elemente feſt ſteht und ſeinen Weg findet. — In *Kanada* iſt übrigens das längſt diskutierte Kommuniſtenverbot vom Unterhaus in erſter Leſung bereits angenommen worden; die leidige Spionagegeſchichte hat ihm ausgezeichnet vorgearbeitet.

Der Kampf Indochinas

Und nun zum Schluß nur noch ein raſcher Blick auf die farbige Welt und die gewaltige Gärung, in der ſie ſich befindet. In der franzöſiſchen Kammer iſt es ob den Krediten für den Krieg in *Indochina* zu leidenſchaftlichen Auseinanderſetzungen gekommen, die wiederholt ſogar in Tätlichkeiten ausarteten. Ein paar Tage lang ſchien die Exiſtenz der Regierung ſelbſt bedroht, bis das Theater das in dieſem Fall zu erwartende happy end dadurch nahm, daß die Kommuniſten, die ſich zuerſt als die unverſöhnlichen Gegner des Kolonialimperialismus aufgeſpielt hatten, originellerweiſe Stimmenthaltung übten, aber ihre Miniſter ermächtigten, *für* die Regierung zu ſtimmen. Frankreich ſcheint eben von ſeinem Weltmachtstraum einfach nicht loskommen zu wollen; die Linke fürchtet außerdem die Ausbeutung jeder vermeintlichen Schwäche auf ihrer Seite gegenüber den «nationalen Belangen» durch de Gaulle und ſeine Mitläufer, die immer noch von den alten Illuſionen leben, obwohl die tatſächliche Stellung Frankreichs in der Welt Nüchternheit und Selbſtbeſcheidung geböte. [5]) Die Indochineſen aber ſehen ihre längſt gewonnene Ueberzeugung beſtätigt, daß ſie ſich einzig auf ihre gerechte Sache verlaſſen können und auf ihren Willen, ſie zu verteidigen, nicht auf Unterſtützung von außen her, möge ſie verſprochen werden woher ſie wolle. Wie der Amerikaner Harold R. Iſaacs in ſeinem Buch «Kein Frieden für Aſien» — das wir aus einem in der «New Republic» erſchienenen Auszug kennen —, ſchreibt: Die Annamiten haben den Glauben an die «fortſchrittlichen», «antiimperialiſtiſchen» Kräfte in der Welt gründlich verloren. Sie bekommen von allen Seiten ſchöne Worte, aber nichts, was einer ſolidariſchen Tat gleichkäme. «Die Amerikaner ſind Demokraten in Worten, aber keine Helfer mit der Tat, genau ſo wie die Ruſſen Kommuniſten in Worten ſind, aber keine Helfer mit der Tat. ‚Wir ſtehen anſcheinend ganz allein', meinte Ho Chi-minh (der bedeutendſte Führer des annamitiſchen Volkes) einfach. ‚Wir werden auf uns ſelber angewieſen ſein.'»

Die Franzoſen haben damit gegen die «kommuniſtiſchen Rebellen» leichtes Spiel — vorerſt wenigſtens. Sie können ihr «Kulturwerk» fortſetzen, ſo wie ſie es über ein Menſchenalter lang betrieben haben. Noch eines der letzten Budgets für Indochina enthielt zum

[5]) Erfreulich iſt immerhin, daß der ſozialiſtiſche Abgeordnete Eugène Thomas, der Indochina bereiſt hat, im „Populaire" die Mordbrennerſtrategie der Kolonialgeneräle ſcharf verurteilt: „Nicht mit Plünderungen, Morden, Vergewaltigungen, nicht mit dem Niederbrennen von Dörfern und der Maſſenhinrichtung Unſchuldiger wird man in den Herzen der Annamiten die Liebe zu Frankreich erwecken können. Auf die Gefahr hin, von gewiſſer Seite angegriffen zu werden, muß ich ſagen, daß die Anweſenheit der Diviſion Leclerc und der Fremdenlegion in Indochina dem franzöſiſchen Intereſſe nicht gedient hat." — Die jüngſten Unruhen in *Madagaskar* und *Algerien* werden hoffentlich dazu beitragen, den Franzoſen die Augen für ihre wirkliche Lage doch noch zu öffnen.

Beiſpiel einen Poſten von 15 Millionen Piaſtern für 30 000 annamitiſche Beamte und Angeſtellte, während für die 5000 franzöſiſchen Beamten und Angeſtellten 40 Millionen Piaſter ausgeſetzt waren. 1943 gab die Kolonialregierung ganze 30 000 Piaſter für Bibliotheken aus, 71 000 Piaſter für Krankenhäuſer und 748 000 Piaſter für Schulen — aber rund 4½ Millionen Piaſter für den Ankauf von Opium, das durch das amtliche Monopol im Land verteilt wurde. 40 Jahre nach der Eroberung des Landes durch Frankreich genoſſen erſt 2 Prozent der Bevölkerung einen primitiven Elementarunterricht und ½ Prozent einen gewiſſen Sekundarſchulunterricht. Gleichzeitig gab es 31 Spitäler, aber auch 81 Gefängniſſe, außer den Konzentrationslagern. Die Annamiten, welche dieſe Segnungen nicht gebührend zu ſchätzen wußten, erfuhren die in ſolchen Fällen übliche Spezialbehandlung. Im Jahr 1930, über ein Jahrzehnt vor Lidice, ſchoſſen beiſpielsweiſe fünf franzöſiſche Bomber das Dorf Co-am in der Provinz Haiduong, zuſammen, in das ſich annamitiſche Aufſtändiſche geflüchtet hatten, und der Provinzſtatthalter machte bekannt, «daß jedem Dorf, das ſich in eine ähnliche Lage bringt, erbarmungslos das nämliche Schickſal bereitet wird».

Aber auch dieſes Regiment iſt ſchon gerichtet. Gottes Mühlen mahlen langſam, aber ſchrecklich fein — ein Troſt für uns alle, die wir nicht allein den Sturz der weißen Kolonialherrſchaft und des neuen wie des alten Imperialismus erwarten, ſondern den Zuſammenbruch *aller* Unterdrückungsſyſteme in der ganzen Welt.

15. April 1947.[6]) *Hugo Kramer.*

Schweizeriſche Rundſchau

Ordnung der Wirtschaft

Es iſt merkwürdig: Alles profitiert bei uns von der ungeſchwächt anhaltenden Nachkriegskonjunktur oder möchte doch davon profitieren; alles ſchwimmt im Geld, die öffentlichen Körperſchaften mit ihren meiſt überraſchend günſtigen Jahresabſchlüſſen nicht weniger als eine ziemlich breite Schicht von Privatleuten und Großverdienern; Gewinne und Löhne ſteigen noch immer; der Lebensaufwand wird in weiten Kreiſen zuſehends üppiger (vom heurigen Oſterverkehr zum Beiſpiel erzählt man ſich außerordentliche Dinge) — und doch ſcheint niemand dieſes Segens ſo recht froh zu werden, ſcheint jedermann in Sorge darüber zu ſein, was wohl hinter dem Segen laure. Von allen

[6]) Die Aktualität der Weltrundſchau — und in geringerem Maße der Schweizeriſchen Rundſchau — leidet diesmal in beſonders empfindlicher Weiſe darunter, daß zwiſchen ihrer Niederſchrift und dem Erſcheinen des Heftes ein allzugroßer Abſtand liegt. Das Manuſkript iſt rechtzeitig abgeliefert worden, aber ohne mein Verſchulden faſt eine Woche lang in der Druckerei liegen geblieben.